



## Antrag

der Abgeordneten **Klaus Adelt, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Susann Biedefeld SPD**

### **Amazon und Co. – Einfluss von Online-Marktplätzen auf den bayerischen Einzelhandel**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie über ihre Kenntnisse zum Onlinehandel in Bayern unter Berücksichtigung folgender Gesichtspunkte zu berichten:

1. Welchen Stellenwert hat der Onlinehandel in Bayern?
2. Welchen Einfluss hat der Handel auf Online-Marktplätzen auf den bayerischen Einzelhandel?
3. Welche Herausforderungen impliziert der wachsende Einfluss von Online-Marktplätzen für die innerstädtische Entwicklungen der bayerischen Kommunen und wie kann man diesen begegnen?

Darüber hinaus soll auch auf die Frage eingegangen werden, inwieweit die Voraussetzungen für eine valide Datenerhebung zum Online-Marktplatzhandel in Bayern durch den Gesetzgeber verbessert werden können.

### **Begründung:**

Der Onlinehandel ist auf dem Vormarsch. Bereits heute nutzen ca. 10,6 Prozent aller bayerischen Unternehmen laut einer Stichprobe des Landesamts für Statistik Online-Marktplätze zum Handel. Allein der Gesamtumsatz von Amazon auf dem deutschen Markt wird für das Jahr 2016 auf 23,2 Mrd. Euro geschätzt. Für den Einzelhandel kommt diese Entwicklung einem tiefgreifenden Strukturwandel gleich. Glaubt man einer Prognose des Handelsverbands Deutschland (HDE) werden allein zwischen 2015 und 2020 rund 50.000 Läden aufgrund der sukzessive wachsenden Konkurrenz des Onlinehandels vom Markt verschwinden. Für die bayerischen Innenstädte kommt dieser Strukturwandel einer Revolution gleich, bestimmt doch nach wie vor gerade der mittelständische Einzelhandel das Stadtbild der meisten bayerischen Städte. Angesichts dieser Tatsache ist es verwunderlich, dass die Staatsregierung, wie mehrere Schriftliche Anfragen offenbart haben, kaum belastbare Kenntnisse über den Onlinehandel in Bayern hat. Der Staatsregierung ist weder bekannt, wie viele Online-Marktplatzhändler ihren Sitz in Bayern haben, wie viele davon bei den Finanzämtern registriert sind, noch welchen Umsatz diese generieren. Weiterhin weiß die Staatsregierung nicht, welcher finanzielle Schaden dem Freistaat durch die Nichtberechnung der Umsatzsteuer durch Marktplatzhändler bisher entstanden ist.

Angesichts der frappierenden Auswirkungen des Onlinehandels auf den Einzelhandel in Bayern und damit auf die Innenstadtentwicklung der bayerischen Kommunen, gilt es schnellstmöglich noch vakante Wissenslücken zu schließen und entsprechendes Datenmaterial zu erheben. Ohne diese grundlegende Wissens- und Datenbasis können weder proaktiv noch reaktiv adäquate steuer-, wirtschafts- und kommunalpolitische Maßnahmen eingeleitet werden, um den digitalen Wandel in Einzelhandel und Kommune erfolgreich gestalten zu können.